



»Zweck der Stiftung ist es, durch Wissenschaft und Bildung einen friedlichen Beitrag zur Verbreitung und Vertiefung demokratischer Ideen zu leisten.«

Paragraph 2, Absatz 1 der Satzung der Stiftung

Standpunkt

von Professor Dr. Bernhard Kempen

Vom Wert der Demokratie

Der Vertrag über die Europäische Union nennt Demokratie als einen der „Werte“, auf die sich die Union gründet (Art. 2 EUV). Mit dem Werteattribut versetzt der uniale Vertragstext die demokratische Herrschaftsform in eine ethische Kategorie. Die normative Ebene wird bewusst verlassen und eine metanormative Ebene wird betreten. Damit soll Demokratie immunisiert werden gegen alle Versuche, die demokratische Struktur der Union und ihrer Mitgliedstaaten durch nicht-demokratische Formen zu ersetzen. Alternativlosigkeit als Ideal, die normative Flucht in die Ethik als Vertragsstrategie: Ist Demokratie ein Wert, ist sie unantastbar.

Die Mitgliedstaaten haben es indes nicht bei der ethischen Hervorhebung von Demokratie belassen. Im Vertrag über die Europäische Union haben sie sich auch dazu verstanden, den Wert der Demokratie zu verteidigen. Der Rat kann mit einer Mehrheit von vier Fünfteln seiner Mitglieder feststellen, dass die eindeutige Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung des Wertes der Demokratie durch einen Mitgliedstaat besteht, und wenn diese Feststellung allein noch keine Früchte trägt, kann der Rat verfügen, dass vertraglich verankerte Rechte des betreffenden Mitgliedstaates einschließlich seiner Stimmrechte suspendiert werden (Art. 7 EUV). Mit diesem Mechanismus einer wehrhaften, streitbaren Demokratie scheint die Union bestens gerüstet zur Verteidigung demokratischer Ordnung.

Allerdings setzt der Verteidigungsmechanismus voraus, dass es zu einer Demokratieverletzung „durch“ einen Mitgliedstaat kommt. Wie aber, wenn die demokratische Ordnung nicht „durch“ einen Mitgliedstaat verletzt wird, sondern „in“ einem Mitgliedstaat von innen heraus zu erodieren droht? Darauf gibt der Unionsvertrag keine Antwort, nicht, weil dies übersehen worden wäre, sondern weil es darauf schlicht keine vertragsnormative Antwort geben kann.

Demokratie ist voraussetzungsvoll. Sie lebt von dem Vertrauen in eine wahrheitsgemäße Medienberichterstattung, von dem Vertrauen in die Ordnungsgemäßheit von Wahlen und Abstimmungen, von dem Vertrauen in die Korruptionsabstinenz und das politische Ethos von Abgeordneten und von dem Vertrauen in die Durchsetzbarkeit des politischen Mehrheitswillens in der Regierung und der Verwaltung. Sieht sich dieses Vertrauen enttäuscht, beginnt es zu schwinden. Der nicht nur in Deutschland erstarkte Populismus ist das Misstrauensvotum einer in ihrem demokratischen Urvertrauen gekränkten Minderheit. Allen populistischen Strömungen gemein ist dabei die irrationale Überzeugung, für eine schweigende Volksmehrheit zu sprechen, im Nationalismus eine sichere Zuflucht gefunden zu haben, im exklusiven Besitz von Wissen und Wahrheit zu sein und von den etablierten politischen Kräften und den Medien verfolgt zu werden.

Es ist nicht damit getan, den populistischen Habitus als undemokratisch zu brandmarken und den politischen Diskurs zu verweigern. Damit wird der Vertrauensschwund im Gegenteil nur beschleunigt. Die Aufgabe muss vielmehr darin bestehen, das entschwundene Vertrauen zurück zu gewinnen. Das ist leichter gesagt als getan. Es wird darum gehen müssen, beharrlich und deutlich die Problemlösungskompetenz von Politik, die Integrität von Politikern und die Alternativlosigkeit von Fakten unter Beweis zu stellen und geduldig immer wieder zu erklären, dass es in einer komplexen Welt keine einfachen Antworten geben kann. Das ist eine Aufklärungsaufgabe für politische Parteien und eine ethische Verpflichtung für alle, die in der Demokratie einen Wert sehen. Die Europäische Union gründet auf dem Wert der Demokratie – aber nur so lange, wie es gelingt, das Vertrauen in den Wert von Demokratie aufrecht zu erhalten.

Was war?

Stiftungspreis 2016/17

An der Ausschreibung des für die Jahre 2016 und 2017 gemeinsam verliehenen Stiftungspreises haben 17 Bewerber teilgenommen.

Preisträgerin des großen mit 5.000,- € dotierten Stiftungspreises ist Frau Dr. Hedwig Richter mit ihrer Habilitationsschrift „Moderne Wahlen. Eine Geschichte der Demokratie in Preußen und den USA im 19. Jahrhundert“. Frau Dr. Richter arbeitet seit 2016 an dem renommierten Hamburger Institut für Sozialforschung. In ihrem Werk öffnet sie einen neuen Blick auf die Entstehung moderner Demokratien und hinterfragt das herkömmliche Bild von Wahlen als Ergebnis eines großen Freiheitskampfes des Volkes. Stattdessen verweist sie darauf, dass das Wahlrecht häufig von oben als Disziplinierungsinstrument der Herrschenden genutzt wurde. Frau Dr. Richter nahm die Gelegenheit wahr, den Preis persönlich in Empfang zu nehmen und ihre Arbeit vorzustellen. Sie stellte sich den kritischen Nachfragen der Kuratoriumsmitglieder, die zu einer lebhaften und fruchtbaren Diskussion führten, die den Beteiligten sichtlich Spaß machte.

Der Preis für den kleinen Stiftungspreis wurde an Frau Miriam Bach und Herrn John-Martin Preuss für die in Co-Autorenschaft verfasste Masterarbeit „Solizentrum Lübeck. Eine Fallstudie über Widerstand und Solidarität in der Unterstützung von Migration“ verliehen. Das Preisgeld beträgt 2.500,- €. Die Preisträger konnten den Preis aus persönlichen Gründen bislang nicht entgegen nehmen, haben aber nachdrücklich Interesse bekundet, ihre Arbeit bei einer anderen Gelegenheit dem Kuratorium vorzustellen. Das Kuratorium wird die Preisträger daher im Anschluss an die nächste Kuratoriumssitzung empfangen, um ihnen diese Möglichkeit zu bieten.



Was wird?

Stiftungspreis 2018

Der Stiftungspreis 2018 wird im Februar 2019 ausgeschrieben.

Sonderveranstaltung mit „Mehr Demokratie e.V.“

Die ursprünglich geplante Kooperationsveranstaltung zum Thema „Europawahlen“ wird leider nicht stattfinden, da die Nordrheinwestfälische Akademie der Wissenschaften und der Künste in der Zeit vor den Europawahlen bereits mehrere Veranstaltungen mit anderen Partnern plant und keine Kapazitäten mehr hat.

Alternativ wird es eine Sonderveranstaltung mit dem Verein „Mehr Demokratie e.V.“ nach den Europawahlen 2019 geben. Diskutanten sollen der FDP-Chef Christian Lindner und Professor Lars Feld sein, der einer „der fünf Wirtschaftsweisen“ ist. Thema des Streitgesprächs soll die moderne Wirtschaftsordnung in der Demokratie sein.



Wer wir sind und was wir wollen?

Die Demokratiestiftung der Universität zu Köln ist eine nichtrechtsfähige Stiftung mit Sitz in Köln. Träger der Stiftung ist die Universität zu Köln als selbständige Körperschaft des öffentlichen Rechts. Die Stiftung hat es sich zur Aufgabe gemacht, einen friedlichen Beitrag zur Verbreitung und Vertiefung demokratischer Ideen zu leisten.

Als wissenschaftliche Grundlage dient das von ihr entwickelte Stiftungskonzept, das im Einzelnen auf der Homepage unter www.demokratie-stiftung-koeln.de/stiftung/stiftungskonzept/ einzusehen ist.

Vor diesem Hintergrund setzt sich die Demokratie-Stiftung zum Ziel, die Idee der Demokratie in einem globalen Kontext zu fördern. Sie tut dies, indem sie mit verschiedenen Projekten vor allem Wissenschaft und Bildung unterstützt. Ziel ist eine verstärkte Information und Kommunikation über die mit der Demokratie als politischer Organisationsform verbundenen Chancen und Herausforderungen.

Die Universität zu Köln finden Sie auch hier:



Impressum:

Demokratie-Stiftung der Universität zu Köln | Albertus-Magnus-Platz | 50923 Köln

Tel.: 0221/ 470-5644 | E-Mail: demokratie-stiftung@uni-koeln.de | Internet: <http://www.demokratie-stiftung-koeln.de>

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Bernhard Kempen

Gestaltung: Ulrike Kersting | Abteilung Marketing | Universität zu Köln